

NATIONALRAT
Frühjahrssession 2014

Fragestunde vom 10. März 2014

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Justiz- und Polizeidepartement

14.5020 Barazzone. Spezifische Migrationsströme im Kanton Genf

Das sogenannte "internationale Genf" und die Genfer Wirtschaft (internationale Organisationen, NGOs, Stiftungen, WEF, multinationale Unternehmen, Banken etc.) weisen bei ihrem ausländischen Personal eine hohe Fluktuationsrate auf (jedes Jahr sehr grosse Migrationsströme).

Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative dem Parlament vorzulegen, um diese Besonderheit (grössere Migrationsströme pro Jahr als in anderen Regionen der Schweiz) zu berücksichtigen?

14.5050 Hiltbold. Beibehaltung des dualen Zulassungssystems, indem für Personen aus der EU Höchstzahlen, Kontingente hingegen ausschliesslich für Personen aus Drittstaaten festgelegt werden?

Die am 9. Februar 2014 angenommene Initiative "Gegen Masseneinwanderung" verlangt, dass jährliche "Höchstzahlen und Kontingente" festgelegt werden.

Denkt der Bundesrat, dass er das duale Zulassungssystem beibehalten kann, indem er für Personen aus der EU Höchstzahlen, Kontingente hingegen ausschliesslich für Personen aus Drittstaaten festlegt?

14.5085 Derder. Kann man den Kantonen die Aufgabe übertragen, die Höchstzahlen der Bewilligungen für Ausländerinnen und Ausländer festzulegen?

Das Volk hat entschieden, dass die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt werden soll. Die Kantone kennen die Praxis und die wirtschaftliche Realität gut und scheinen am besten in der Lage zu sein, diese Höchstzahlen festzulegen.

- Kann den Kantonen die Kompetenz übertragen werden, die Höchstzahlen festzulegen?
- Könnte so, durch das Addieren der von den Kantonen geforderten Zahlen, eine nationale Höchstgrenze festgelegt werden, die den Gesamtinteressen der Schweizer Wirtschaft am nächsten kommt?

14.5034 Streiff. Durchsetzung Bundesgesetz gegen Zwangsheiraten

Eine Recherche der "Berner Zeitung" zeigt, dass die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes gegen Zwangsheiraten bis jetzt fast gar nichts bewirkt. Der Berner Fremdenpolizeichef dazu: "Der Bund muss verstehen, dass ein Bundesgesetz und Behördenprogramme auf nationaler Ebene nicht genügen. Die Probleme mit Zwangsheiraten spielen sich in den Gemeinden ab, dort muss etwas passieren."

- Wie unterstützt der Bund die Kantone und Gemeinden in dieser Aufgabe?
- Braucht es weitere Massnahmen seitens des Bundes?

14.5047 Keller Peter. Wie sieht es mit der "Vertragstreue" Italiens aus?

EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso mahnte die Schweiz nach der Abstimmung vom 9. Februar 2014 zur "Vertragstreue".

- Wie sieht es mit der Vertragstreue Italiens in Bezug auf das Schengen-/Dublin-Abkommen aus?
- Funktionieren die Rückübernahmen reibungslos?
- Wie erklärt sich der Bundesrat, dass Italien, obschon das Land eine klassische Einfallsrouten für Asyl-Schlepper ist, pro Kopf der Bevölkerung nur einen Bruchteil Gesuche der Schweiz hat?
- Wäre das bei "Vertragstreue" überhaupt möglich?

14.5056 Vitali. Masseneinwanderung. Verhandlungsdelegation/Expertengruppe für die Umsetzung

Die Initianten erklären immer wieder, dass sie Verantwortung in den Verhandlungen mit der EU übernehmen wollen. Es ist auch ein expliziter Wunsch aller Bundesratsparteien und der Wirtschaft, dass die SVP in die Verhandlungen einzubinden sind.

- Wie wird sich die Verhandlungsdelegation zusammensetzen?
- Gedenkt der Bundesrat, die SVP in die Verhandlungsdelegation/Expertengruppe einzubinden?
- Wenn ja, wie?
- Wenn nein, wieso nicht?

14.5063 Glättli. Warum genügt das Telefonabhörsystem (Interception System Schweiz) den Rahmenbedingungen für kritische Infrastrukturen nicht?

Am 5. Februar 2014 beschloss der Bundesrat Massnahmen zum Schutz der IKT-Infrastrukturen des Bundes. Kritische Infrastrukturen sollen aus Gründen der Staatssicherheit nur von inländisch beherrschten Unternehmen oder dem Bund erbracht werden. Am 18. Dezember 2013 wurde der Vertrag für das neue Interception System Schweiz (ISS) mit Verint abgeschlossen.

1. Sieht der Bundesrat ISS als kritische Infrastruktur?
2. Warum fällt ISS nicht unter die neue Regelung?
3. Wie bewertet er die Besitzverhältnisse von Verint (USA & Israel)?

14.5064 Glättli. Gravierende Mängel bei herrschender Praxis des humanitären Visums

Die Praxis des humanitären Visums zum Schutz Bedrohter weist gravierende Mängel auf (vgl. Fall P. Andemariam):

- Der Zugang zu den Botschaften ist oft nicht gewährleistet;
 - Die generelle Annahme, dass bei Aufenthalt in einem Drittstaat kein Schutzbedürfnis mehr bestehe, ist falsch;
 - Die Gefährdungssituation der Betroffenen wird oft nicht fachmännisch und in der nötigen Tiefe abgeklärt;
 - Ablehnende Entscheide werden nicht individuell begründet.
- Wie gedenkt der Bundesrat diese Mängel zu beheben?

14.5068 Rossini. Fotofallen: Anwendung des Datenschutzes (1)

In seiner Antwort auf die Anfrage Rossini 13.1082 schreibt der Bundesrat, dass die Fotofallen tief installiert sind, sodass von zufällig anwesenden Menschen bloss der Beinbereich fotografiert wird; Fotos mit Personen werden umgehend vernichtet. Das wird bei Weitem nicht immer gemacht!

- Mit welchen Mitteln wird dafür gesorgt, dass diese Regeln auch umgesetzt werden?
- Welches ist die zuständige Behörde?
- Wer überprüft in welchen Fällen die Einhaltung der Regeln?

14.5069 Rossini. Fotofallen: Anwendung des Datenschutzes (2)

In seiner Antwort auf die Anfrage Rossini 13.1082 schreibt der Bundesrat, dass einer Person, die durch eine Fotofalle fotografiert wird, zivilrechtliche Klagen zur Verfügung stehen.

- Wie sieht die Umsetzung dieser Möglichkeit konkret aus?
- Wie werden die fotografierten Personen identifiziert, damit sie informiert werden und diese eine Klage einreichen können?
- Wenn die Personen nicht identifiziert werden können, wieso wird die Möglichkeit solcher Klagen vorgesehen?
- Ist das kohärent und umsetzbar?

14.5078 Fehr Hans. Befristung der Aufenthaltsbewilligung für arbeitslose EU-Bürger auf 1 Jahr

Mit der 2010 von beiden Räten überwiesenen Motion Flückiger Sylvia 09.4275 wurde der Bundesrat verpflichtet, zuhanden der zuständigen Behörden eine Weisung zur zwingenden Senkung der Aufenthaltsbewilligung für arbeitslose EU-Bürger auf 1 Jahr zu erlassen.

- Wann,
- in welcher Form und
- an wen hat der Bundesrat die entsprechende Weisung herausgegeben?
- Wird diese Praxis von den zuständigen Behörden konsequent verfolgt, oder gibt es Behörden, die sich dem widersetzen?

14.5097 Brand. Rückübernahmeabkommen mit Algerien

Bekanntermassen scheitern zwangsweise Rückführungen von abgewiesenen Asylsuchenden nach Algerien trotz gültigem Rückübernahmeabkommen derzeit an der Kooperationsbereitschaft Algeriens.

- Was gedenkt das EDA zur Durchsetzung des abgeschlossenen und geltenden Rückübernahmevertrages mit Algerien zu unternehmen?
- Was unternimmt die schweizerische Botschaft in Algerien vor Ort konkret zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den algerischen Behörden?

14.5098 Brand. Entwicklung der vorläufigen Aufnahmen

Die Zahl der vorläufigen Aufnahmen hat im Jahre 2013 gegenüber dem Vorjahr um 86 Prozent zugenommen.

- Wie ist diese aussergewöhnliche Zunahme der vorläufigen Aufnahmen zu erklären?
- Wird damit ein schleichender Pendenzenabbau der Asylgesuche, welcher langfristig zu Lasten der Gemeinden geht, vorgenommen?

14.5099 Amherd. Rechtlicher Handlungsbedarf bei sogenannten Posing-Bildern

1. Wo sieht der Bundesrat Handlungsbedarf im rechtlichen Bereich bezüglich Posing-Bildern?

2. Was hält er davon, Posing-Bilder generell zu verbieten?

3. Wie kann gegen den Handel und den Austausch von sexualisierten Darstellungen und Nacktaufnahmen von Kindern vorgegangen werden?

14.5102 Leuenberger-Genève. Apropos Tanten, Onkel und andere Phantom-Verwandte

Die Initiantinnen und Initianten der Masseneinwanderungsinitiative behaupten in den Medien weiterhin, dass das geltende Recht zu grosszügig sei und den Nachzug von Familienmitgliedern wie Grosseltern, Tanten und Onkeln (zu) leicht ermögliche.

Ich bitte den Bundesrat um eine klare Antwort:

- Stimmen diese Behauptungen mit der Realität überein?
- Falls ja, wie viele Tanten, Onkel und Grosseltern haben in den vergangenen Jahren von einem solchen vereinfachten Nachzug profitiert (in absoluten Zahlen und in Prozent der Bewilligungen)?

14.5107 Mörgeli. Daniel Senn und Untersuchung durch Revisionsaufsicht des Bundes

Am 20. Februar 2014 hat die RAB Daniel Senn die Zulassung als Revisor entzogen. Senn amtierte mehr als 10 Jahre lang als Beobachter der EBK/FINMA bei Banken und wurde von der SNB als Revisor/Gutachter in der Affäre Nationalbank/Hildebrand eingesetzt. Der Bundesrat übt die Aufsicht über Nationalbank und FINMA aus.

Aus welchem exakten rechtlichen Grund wurde Daniel Senn die Revisoren-Lizenz entzogen?

Departement des Innern**14.5001 van Singer. Instrumentalisierung von Bundesrat Bersets Reise nach Schweden verhindern**

In den Dokumenten der Schwedischen Botschaft, die an die Öffentlichkeit gelangt sind, werden Veranstaltungen genannt, die dazu benützt werden sollen, Schweizer Bürgerinnen und Bürger vor der Abstimmung vom 18. Mai zu beeinflussen.

Hält es der Bundesrat nicht für angebracht, Bundesrat Bersets Besuch in Schweden zu verschieben, um dessen Instrumentalisierung durch die Propaganda für den Gripen zu verhindern?

14.5015 Aebischer Matthias. Ersatz für das von der EU sistierte Media-Programm

Mitte Februar 2014 hat die EU die Verhandlungen zum Filmförderabkommen MEDIA sistiert.

- Wird der Bundesrat den Schweizer Film, die Filmkultur und die Filmvielfalt im selben Ausmass unterstützen, wie das 2013 mit dem MEDIA-Abkommen geschehen ist?
- Wird er den gesamten für MEDIA budgetierten Betrag einsetzen, so dass auch schwer bezifferbare Nachteile kompensiert werden können?

14.5086 Derder. Filmfördergelder von MEDIA direkt in der Schweiz investieren

Nach der Abstimmung vom 9. Februar 2014 hat die EU die Schweiz informiert, dass die Verhandlungen für die Teilnahme am Filmförderprogramm MEDIA seit Anfang 2014 sistiert sind.

- Wird der Bundesrat die für MEDIA budgetierten Gelder nun direkt für den Schweizer Film und die Filmkultur einsetzen?
- Wenn ja, wie wird er sie einsetzen?
- Werden dabei auch die internationalen Kontakte gestärkt?

14.5031 Graf-Litscher. Gesuche und Erträge Swissmedic 2013

In der EU ist die Zahl der Arzneimittelzulassungen aufgrund der gegenseitigen Anerkennungen (mutual recognition) zurückgegangen.

- Trifft es zu, dass bei Swissmedic im 2013 weniger Zulassungsgesuche als im Vorjahr eingegangen und die Erträge stark gesunken sind?

Die Schweiz kennt keine gegenseitige Anerkennung der Zulassungen mit der EU.

- Welche Gründe haben in der Schweiz zu einer Abnahme der Zulassungsgesuche geführt?

14.5032 Vogler. Zurückdrängen der Landessprachen

Wie beurteilt der Bundesrat, u.a. unter Hinweis auf Artikel 15 Absatz 3 des Sprachengesetzes, die Bestrebungen in verschiedenen Kantonen, den "Fremdsprachenunterricht" auf eine Sprache zu reduzieren, mit der Folge, dass allenfalls keine zweite Landessprache mehr unterrichtet wird?

14.5055 Aebischer Matthias. Englisch als einzige Fremdsprache in der Volksschule

In verschiedenen Kantonen werden Diskussionen über die Abschaffung des Französischunterrichts in der obligatorischen Schulzeit geführt. In Schaffhausen will das Parlament, dass Primarschüler künftig nur noch eine Fremdsprache lernen.

All diese Bestrebungen gehen zu lasten des Französischunterrichts.

- Wie beurteilt der Bundesrat diese Entwicklung mit Blick auf den nationalen Zusammenhalt der mehrsprachigen Schweiz?

- Welche Massnahmen stehen dem Bundesrat im Rahmen des Sprachengesetzes offen?

14.5091 Gmür. KVG

- Ist sich der Bundesrat bewusst, dass er durch die Inanspruchnahme der subsidiären Kompetenz gemäss Artikel 43 Absatz 5bis KVG im darauf basierenden Verordnungsentwurf auch solche Tarifpositionen ändert, die er erst in der letzten Tarifgenehmigung als sachgerecht eingestuft hat?

- Ist er sich bewusst, dass er damit Tarifpositionen verfälschen könnte, die heute nach betriebswirtschaftlicher Bemessung sachgerecht sind?

14.5096 Kiener Nellen. Tarmed-Anpassungen. Verfassungsmässige Rechtsgleichheit gewahrt?

1. Auf welchem sachlichen Grund beruht der Ausschluss der Spitäler aus der Inanspruchnahme der neuen Tarifposition 00.0015 gemäss Verordnungsentwurf vom 16. Dezember 2013?

2. Welche medizinische Leistung erbringen Hausärztinnen und -ärzte in Praxen, die ihre Kollegen in Spitälern gar nicht oder weniger aufwendig erbringen und wofür die Hausärztinnen und -ärzte gesondert vergütet werden müssten?

Für welche Leistung genau werden die Hausärztinnen zusätzlich bezahlt?

3. Sieht das KVG vor, Nicht-Leistungen zu vergüten?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**14.5002 van Singer. Vollständige Transparenz bei der Finanzierung der Kampagne für den Gripen fordern**

Saab war beim Verkauf des Gripen nachweislich mehrere Male in Korruptionsaffären verwickelt.

- Wird der Bundesrat bei der Finanzierung der Kampagne für den Gripen vollständige Transparenz fordern, um jeglichen Verdacht zu vermeiden?
- Wird der Bundesrat dies insbesondere mit Blick auf die Unternehmen tun, die von Kompensationsgeschäften profitieren möchten, die sich aus einem möglichen Kauf des Gripen durch die Schweiz ergeben?

14.5003 van Singer. Beschaffung des Gripen: Klarheit über die Kompensationsgeschäfte in der französischen Schweiz

Im Moment stagniert der Anteil an Gripen-Kompensationsgeschäften in der Romandie bei 18 %. Es gibt Gerüchte, dass die Mehrheit dieser 18 % Geschäfte mit einem einzigen Unternehmen abgeschlossen wurde, in dessen Verwaltungsrat zudem schwedische Staatsbürger sitzen...

- Kann in diesem Fall von Kompensationsgeschäften gesprochen werden, die auch der Romandie zugutekommen?

Auf die gesamte Schweiz bezogen:

- Wie hoch ist der Anteil der bereits vereinbarten Gripen-Kompensationsgeschäfte, die "Zweigstellen" von Saab betreffen?
- Und wie hoch ist der Anteil bei der RUAG und ihren "Zweigstellen"?

14.5004 van Singer. Die Spionageaktivitäten der USA in der Schweiz müssen unbedingt gestoppt werden

- Wird der Bundesrat alles daran setzen, um die Spionageaktivitäten der USA in der Schweiz und von der Schweiz aus zu stoppen?
- Wird der Bundesrat die Zusammenarbeit mit den verschiedenen US-amerikanischen Dienstleistern beenden, die für den Schutz der Privatsphäre und für das Geschäftsgeheimnis mehrerer Wirtschaftszweige eine grosse Gefahr darstellen?

14.5011 van Singer. Kosmetische Massnahmen bei der Verbuchung von Gripen Kompensationsgeschäften verhindern

- Wie rechtfertigt der Bundesrat die Druckausübung von Armasuisse auf das Offsetbüro (Budgetreduktion, Entlassungen...)?
- Hängt diese damit zusammen, dass das Büro nicht genügend Geschäfte als Kompensationsgeschäfte bei der Gripen-Beschaffung anerkennt?
- Oder dass es nicht dazu bereit ist, die festgelegten Beträge mit bis zu Faktor 3 zu multiplizieren, um die Bilanz der Kompensationsgeschäfte im Hinblick auf die Abstimmung über den Gripen-Fonds künstlich zu erhöhen?

14.5024 Müller-Altermatt. Die beste Website der Welt?

Am 24. Februar 2014 hat das VBS der Firma Namics AG einen Auftrag erteilt zur Entwicklung eines "Web Content Management System als CMS-managed Service". Der Vergabepreis lag bei 7,33 Millionen Franken. Hinzu kommt eine Option für 148,3 Millionen Franken für Anpassungen und Weiterentwicklungen.

- Plant das VBS hier die beste Website der Welt oder wie erklären sich diese exorbitant hohen Kosten?
- Ist die 148,3 Millionen Franken teure Option Teil einer umfassenden Gesamtkommunikations-Strategie oder reine Hypothese?

14.5028 Gysi. Imagewerbung des VBS begleitet den Abstimmungskampf des Gripen

Zum Jubiläum 100 Jahre Schweizer Luftwaffe wurden zwei Sondermarken produziert, auf denen der F/A 18-Hornet sowie der F-5 Tiger abgebildet sind. Gleichzeitig hängen Plakate "Sphair-Fliege selber", die aktiv für die Luftwaffe werben, um junge Menschen als Personal zu rekrutieren.

- Wie erklärt der Bundesrat, dass zwei Imagewerbungskampagnen gleichzeitig zum Abstimmungskampf über das Gripen-Referendum laufen?
- Wie viele Steuerfranken werden dafür eingesetzt?

14.5029 Gysi. Luftwaffenjubiläumsanlass Air 14. Unvollständige Antworten zum Einsatz von WK-Soldaten

Die Interpellation 13.4032 zur Air 14 wurde unvollständig beantwortet, was die Anzahl Dienstage von WK-Soldaten anbelangt. Offensichtlich kann oder will man vor der Referendumsabstimmung zum Gripen-Kauf keine Aussagen machen.

Darum die Nachfrage:

- Welche Truppen mit wie vielen Armeeangehörigen kommen anlässlich der Air 14 zum Einsatz?
- Wie viele Dienstage werden sie leisten?
- Wie viele Armeeangehörige wirken bereits im Vorfeld bei den Planungsarbeiten zur Air 14 mit?
- Mit wie vielen Diensttagen?

14.5038 Flückiger Sylvia. Projekt GABMO Nutzen und Kosten?

2001 wurde das Projekt GABMO aufgelegt. Alle Kantone sollen demnach den Standort der Hauseingänge jeder Gemeinde erfassen.

- Machen alle Kantone mit?
- Welche nicht?
- Warum?
- Was wird erfasst?
- Gibt es Doppelspurigkeiten mit anderen Stellen?
- Wie vereinbar ist das Vorgehen mit dem Datenschutz?
- Wie hoch beziffern sich die Kosten des Projektes?
- Wie lange läuft es noch?

14.5066 Knecht. Projekt GABMO

Bereits seit einiger Zeit wird in der Schweiz mit enormem Aufwand die exakte Position der Hauseingänge ermittelt. Das Projekt trägt den Kürzel GABMO.

- Welche Kosten sind bei Bund, Kantonen und Gemeinden bislang hierzu aufgelaufen?
- Wie wird die Kostenbeteiligung privater Nutzer zu diesen Daten geregelt und welchen Nutzungsbestimmungen unterstehen diese?

14.5049 Semadeni. Abstimmungspropaganda am Ski Weltcup Finale?

Beim Ski Weltcup Finale in Lenzerheide vom 12.-16. März 2014 werden nebst einer PC-7-Formation und zwei F/A-18 auch zwei schwedische Gripen am Bündner Himmel fliegen.

1. Wie kann der Gripen-Einsatz an diesem Grossanlass als Übungsflug und nicht als Propagandaflug für die Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 begründet werden?
2. Wie steht es mit der Aussage von Bundesrat Maurer, Saab werde sich "weder direkt noch indirekt" am Abstimmungskampf beteiligen?
3. Wie ist die grosse Fluglärmbelastung zu rechtfertigen?

14.5060 Masshardt. Mehr Transparenz beim Gripen. Welchen Lärm bringt der neue Kampffjet den Regionen?

Die Bevölkerung hat vor dem 18. Mai 2014 das Recht zu wissen, wie sich ein Ja zum Gripen auf Flugbewegungen und Lärm auswirken würde.

- Hat der Bundesrat tatsächlich keine Ahnung, wo der Gripen starten und landen und damit Lärm verursachen wird, wie er in der Interpellation 13.4173 andeutet?
- Ist er bereit, wenigstens die Szenarien/Pläne bezüglich möglicher Stationierung zu veröffentlichen, welche die VBS-Sprecherin in der JungfrauZeitung erwähnte?
- Weshalb legt das VBS nicht alle Fakten auf den Tisch?

14.5074 Leutenegger Oberholzer. Aushebelung des Öffentlichkeitsgesetzes

Mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz soll das Öffentlichkeitsprinzip ganz ausgehebelt werden. Dagegen wehrt sich der Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte Hanspeter Thür. Das Öffentlichkeitsgesetz sorgt für mehr Transparenz in der Verwaltung.

- Gibt es noch von anderen Departementen Bestrebungen, das Öffentlichkeitsprinzip auszuhebeln?
- Wenn ja, wo?

14.5075 Leutenegger Oberholzer. Gripen an der Mustermesse Basel

An der Konsumgütermesse MUBA in Basel wurde ein Modell des Gripen ausgestellt. Daneben stand Personal der Unternehmung Saab, das sich ungefragt an die Besucherinnen wandte.

- Wer hat diese PR-Aktion im Vorfeld der Abstimmung im Mai zu verantworten: Die Messenleitung, das VBS, Saab, das Pro-Komitee oder wer sonst?
- Was kostete der Gripen-Stand an der Muba?
- Wer hat es bezahlt?

14.5077 Fehr Hans. Sicherheitslücke schliessen. Zu welchem Preis?

Die kürzliche Flugzeugentführung nach Genf hat die militärische Luftsicherheit der Schweiz zum Thema gemacht.

- Welche Mittel (finanziell, materiell, personell) sind nötig, um eine 24 Stunden-Luftüberwachung mit Kampfflugzeugen sicherzustellen?
- Ab wann ist dies möglich?
- Ist der Bundesrat bereit, die Motion Hess Hans (09.4081, erhöhte Bereitschaft für den Luftpolizeidienst auch ausserhalb der normalen Arbeitszeiten) umzusetzen?

14.5104 Buttet. Die Luftwaffe aufwecken?

Die jüngsten Geschehnisse haben die Einsatzzeiten unserer Luftwaffe zu Tage gebracht. Diese waren bereits bekannt und der Chef des VBS hat die Gründe für die Einschränkung genannt. Dennoch bleibt die Situation befremdlich.

Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

- Gedenkt der Bundesrat, die Einsatzstunden der Luftwaffe so zu erweitern, dass eine Bereitschaft rund um die Uhr an allen Wochentagen gewährleistet wird?
- Falls ja, wie würden die Voraussetzungen und Folgen dieser Erweiterung aussehen?
- Falls nein, gedenkt der Bundesrat, andere Massnahmen zu ergreifen?

14.5080 Allemann. Gripenleaks. Einmischung Schwedens in den Abstimmungskampf

Gemäss vertraulichen Dokumenten plant der schwedische Staat eine verdeckte PR-Kampagne, um den Ausgang der Gripen-Abstimmung zu beeinflussen. In einem Bericht zitierte der schwedische Botschafter unter anderem aus vertraulichen Diskussionen des Bundesrats.

- Wie ist dies zu erklären?
- Liegt eine Amtsgeheimnisverletzung vor?
- Wie oft trafen sich Bundesrat Maurer sowie seine Mitarbeitenden mit dem schwedischen Botschafter zu Besprechungen betreffend den Gripen und die Abstimmungskampagne?

14.5109 Gschwind. Empfangsplatz für Fahrende auf dem Waffenplatz Bure. Wer entscheidet?

Das Verteidigungsdepartement hat entschieden, nicht genutzte Flächen den Kantonen zur Verfügung zu stellen, damit diese dort Empfangsplätze für Fahrende errichten können. Kürzlich hat nun die jurassische Regierung mitgeteilt, dass ein solcher Empfangsplatz auf dem Waffenplatz Bure errichtet werden soll, eine Mitteilung, die bei der Bevölkerung Unruhe ausgelöst und Fragen provoziert hat.

- Werden die Behörden der Gemeinde Bure ins Verfahren einbezogen?
- Haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das letzte Wort?

Finanzdepartement**14.5005 Schwaab. Neuer Bitcoin-Crash: Wann wird der Bundesrat Massnahmen vorlegen?**

Die Bitcoin-Börse "Mt. Gox" hat den Betrieb vor Kurzem jäh eingestellt. Dies hatte Auswirkungen auf den Bitcoin-Kurs, der bereits sehr volatil war, und Investoren haben riesige Summen verloren. Eine Analyse der zu treffenden Massnahmen wird von Tag zu Tag dringlicher.

- Wann wird der Bundesrat den im Postulat 13.3687 beantragten Bericht erstatten?
- Hat die FINMA bereits Massnahmen getroffen, oder gedenkt sie, bald Massnahmen zu treffen?

14.5006 Hiltbold. Entscheid des Bundesrates vom 22. Januar 2014 über die Erhöhung des antizyklischen Kapitalpuffers nochmals überdenken

Durch die Annahme der Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung" am 9. Februar 2014 wird der demografisch bedingte Wohnungsdruck und folglich die Nachfrage nach Wohnraum nachlassen, was dazu beitragen wird, das Wachstum der Immobilienmärkte zu bremsen.

Gedenkt der Bundesrat, infolge der Annahme der Initiative auf die am 22. Januar 2014 beschlossene Erhöhung des antizyklischen Kapitalpuffers zu verzichten, wonach die bankseitige Eigenmittelunterlegung von Hypothekarforderungen von 1 auf 2% ansteigen soll?

14.5018 Barazzone. Amerikanisches Programm zur Beilegung des Steuerstreits der Schweizer Banken mit den USA

- Wurde der Bundesrat bei den Verhandlungen mit den USA zum Programm zur Beilegung des Steuerstreits der Schweizer Banken mit den USA von einer oder mehreren amerikanischen Anwaltskanzleien unterstützt oder beraten (fachliche Beratung zum amerikanischen Steuer- und Bankenrecht)?

- Falls ja, wie hoch war das dem Bund in Rechnung gestellte Honorar?
- Falls nein, weshalb nicht?

14.5021 Romano. Neue Zugeständnisse gegenüber Italien ohne Gegenleistungen?

- Weshalb hat der Bundesrat am 19. Februar 2014 beschlossen, den Informationsaustausch auf Verlangen auch Staaten zuzugestehen, bei denen die Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz noch nicht angepasst wurden, und ohne dass die Schweiz dafür Gegenleistungen erhält?
Italien ist ein solcher Staat.
- Ist es da nicht naheliegend, dass es, sobald der automatische Informationsaustausch gilt, keinerlei Anreiz mehr hat, mit der Schweiz bilaterale Abkommen zu den Dossiers auszuhandeln, die seit Jahren hängig sind (schwarze Listen, Grenzgängerinnen und Grenzgänger, Reziprozität)?

14.5022 Romano. Vereinbarung von 1974 zwischen der Schweiz und Italien über die Besteuerung der Grenzgänger und den finanziellen Ausgleich zugunsten der italienischen Grenzgemeinden

- In Italien wechselt die Regierung immer wieder, die Probleme im Tessin werden dadurch nicht gelöst.
- Wie erklärt der Bundesrat dem Kanton Tessin, weshalb die Option, die Grenzgängervereinbarung von 1974 zwischen der Schweiz und Italien zu kündigen, nicht in Erwägung gezogen wird?
 - Welche geltende Rechtsgrundlage hat die Vereinbarung?
 - Weshalb kommt es bei den Verhandlungen seit zwei Jahren zu keinerlei Resultaten?
 - Bringt die passive Haltung gegenüber Italien einen Gewinn?
 - Weshalb stehen wir noch auf der schwarzen Liste Italiens und weshalb gibt es in vielen Sektoren keinerlei Gegenseitigkeit?

14.5023 Schneeberger. Grenzwachtkorps Region Nordwestschweiz unter Druck

Das Grenzwachtkorps braucht Support. 2013 wurden über 2000 Fälle von Einbruchdiebstählen registriert. Besonders heikel ist die Zeit des Eindunkelns rund um die Grüne Grenze zu Frankreich. Bereits am 13. März 2013 haben die Sicherheitsdirektoren von AG, BL und BS bei der Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf um Unterstützung gebeten. Sie hat positiven Bescheid gegeben und für 2014 Verbesserungen zugesagt. Geschehen ist jedoch noch nichts.
Wann werden signifikant mehr Personen im GWK eingesetzt werden?

14.5039 Kaufmann. Ausfall Gewinnausschüttung SNB

- Zu welchem Zeitpunkt wurde der Bundesrat von der SNB über den Ausfall der Gewinnausschüttung informiert?
- Hat er bei dieser Entscheidung mitgewirkt?

14.5043 Quadri. Das Tessin verdient mehr als nur einen Blitzbesuch!

Am 25. Februar 2014 weilte Bundesrätin Widmer-Schlumpf im Rahmen eines seit Monaten geplanten Besuchs im Tessin, doch die unserem Kanton gewidmete Zeit war sehr kurz.

- Findet der Bundesrat nicht, dass das Tessin eine andere Behandlung verdient hätte?
- Wird der Bundesrat kurzfristig Besuche von vernünftiger Dauer auf die Agenda setzen, bei denen die verschiedenen anstehenden Themen vertiefter angegangen werden können und die es dem "Minister" auf Dienstreise vielleicht ermöglichen, nicht nur den Staatsrat, sondern auch andere Gesprächspartner zu treffen?

14.5058 Müller Leo. Auszahlung Sozialhilfebeiträge über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus

Offenbar haben Kantone an ausländische Personen Sozialhilfebeiträge ausbezahlt, die sie gemäss den gesetzlichen Bestimmungen nicht hätten bezahlen müssen.

- Wie gross ist der gesamte Betrag, den die Kantone über die Bundesgesetzgebung hinaus ausbezahlt haben?
- Hat das für die kommenden Jahre Auswirkungen auf den Lastenausgleich im Rahmen des Finanzausgleichs für diese Kantone?
- Wenn Ja, in welchem Ausmass?
- Werden für diese Kantone Korrekturen vorgenommen?

14.5071 Leutenegger Oberholzer. Steueroptimierung via Offshore-Gesellschaften von Schweizer Unternehmen

Die Ammann-Gruppe hatte gemäss Medienberichten unter der Führung von Ex-CEO Schneider-Ammann in Luxemburg und auf Jersey Offshore Gesellschaften zum Zweck der Steuerersparnis geführt.

1. Unter welchen Voraussetzungen sind Gewinnverschiebungen von Schweizer Unternehmen via Offshore-Gesellschaften legal?
2. Wer kontrolliert diese Praktiken: Bund, Kanton oder beide?
3. Hat im Fall der Ammann-Group neben der Berner Steuerbehörde auch die ESTV dieses Vorgehen auf ihre Rechtmässigkeit untersucht?
4. Wie viele börsenkotierte Schweizer Unternehmen führen Tochterfirmen in Offshore-Steuerparadiesen?

14.5072 Leutenegger Oberholzer. Weissgeldstrategie. Was ist in den Banksafes und in den Zollfreilagern?

Der Bargeldumlauf hat insbesondere an Tausendernoten massiv zugenommen. Ungefähr 54,8 Milliarden Franken waren vor zwei Jahren als Papiergeld im Umlauf, darunter 33 092 876 Schweizer Tausendernoten.

- Wie wird sichergestellt, dass in den Schliessfächern nicht Illegales lagert?
 - Wie können mit der Weissgeldstrategie auch die Banksafes erfasst werden?
- Importe werden mit der Zollstatistik erfasst, nicht aber Waren, die in Zollfreilager gehen. Diese Extra-Territorialität haben viele Zollfreilager zum Geschäftsmodell erhoben. 10 davon gibt es in der Schweiz.
- Wie hoch schätzt der Bundesrat das Risiko ein, dass darin illegale Güter (Raubkunst u.a.) gelagert werden?
 - Wie verhindert er Geldwäscherei und Steuerhinterziehung via Zollfreilager?

14.5088 Kiener Nellen. Offshore-Gesellschaften. Wie viele Milliarden Steuern entgehen Bund, Kantonen und Gemeinden?

1. Ist es "normal" geworden, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz mehrere Offshore-Gesellschaften zwecks Vermeidung des Steuernbezahls in der Schweiz führen?
2. Wird Artikel 50 DBG systematisch unterlaufen?
3. Überprüft die ESTV die Veranlagungen juristischer Personen durch die Kantone?
Wenn nein, wieso nicht?
4. Überprüft die ESTV aus aktuellem Anlass die Veranlagungen der Ammann-Gruppe Langenthal?
Wenn nein, wieso nicht?
5. Wie viele Steuerausfälle erleiden Bund, Kantone und Gemeinden?

14.5089 Flückiger Sylvia. Attraktive Kontrollschilder für Fahrzeuge. Wo bleibt die Mehrwertsteuer?

- In verschiedenen Kantonen werden Kontrollschilder mit tiefen Nummern versteigert oder verkauft, und spülen beachtliche Beträge in die Kassen der Strassenverkehrsämter.
- Sind diese Einnahmen der Mehrwertsteuer unterstellt und mit welchem Satz?
 - Wenn Nein, warum nicht?
 - Wie lautet dazu die gesetzliche Regelung?

14.5106 Rytz Regula. Ersetzen Zollfreilager das alte Bankgeheimnis?

- Weil das Geschäft der Banken mit un versteuerten Vermögen immer stärker eingeschränkt wird, werden Vermögen vermehrt in sogenannten Zollfreilagern gebunkert (vgl. TA 21.12.2013).
- Hat der Bundesrat eine Übersicht über die Zahl der Zollfreilager in der Schweiz?
 - Kann er ausschliessen, dass in Zollfreilagern un versteuerte Vermögen oder Schwarzgelder gebunkert werden?
 - Ist er bereit, die Zollfreilager dem Gesetz über die Geldwäscherei zu unterstellen?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

14.5010 Candinas. Effizientere Kontrollen durch die Arbeitskontrollstellen

- Die Einhaltung der Arbeitsbedingungen gemäss Entsendegesetz wird von den Arbeitskontrollstellen kontrolliert.
Dabei stellen sich folgende Fragen:
- Sollte die Anzahl Kontrollen in kritischen Branchen im Interesse der ehrlichen Unternehmer nicht erhöht werden?
 - Sollten in kritischen Branchen nicht auch bei vermutetem (nicht nur bei begründetem) Verdacht mehrmals pro Jahr Kontrollen durchgeführt werden können?
 - Wie wird verhindert, dass gesperrte Firmen unter neuem Namen wieder auftreten?

14.5013 Aebischer Matthias. Sistiertes Studentenaustauschprogramm Erasmus+ weiterführen

- Zwei Wochen nach der Abstimmung zur Masseneinwanderungs-Initiative hat die EU die Schweiz für das Studienjahr 2014/2015 vom Austauschprogramm Erasmus+ ausgeschlossen. Die Schweiz erhält erneut den Status eines Drittstaates.
- Wird der Bundesrat das vom Parlament gesprochene Erasmusprogramm-Geld auch als sogenannter Drittstaat in das Studentenaustauschprogramm investieren?
 - Wird die Schweiz zudem die Stipendien nicht nur für die einheimischen sondern auch für die ausländischen Studenten bezahlen?

14.5014 Aebischer Matthias. Horizon 2020. Zugang zu individuellen Förderprogrammen sichern

Direkt nach der Abstimmung zur Masseneinwanderungs-Initiative hat die EU der Schweiz mitgeteilt, dass sie nicht mehr als assoziierter Staat sondern nur noch als Drittstaat am EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 mitmachen kann. Viele Schweizer Forschungsprojekte können deshalb nicht mehr eingereicht werden. Wie wird der Bundesrat diese betroffenen Forschungsprojekte unterstützen?

14.5019 Barazzone. Erasmus - Horizon 2020 - Studentische Mobilität in der EU

- Welche konkreten Massnahmen wird der Bundesrat ergreifen, um die Teilnahme der Schweiz an den Programmen Erasmus und Horizon 2020 zu ermöglichen?
- Welche konkreten Massnahmen wird er ergreifen, um die Mobilität und den Austausch der Schweizer Studierenden in der Europäischen Union zu ermöglichen?

14.5048 Friedl. Nach dem 9. Februar 2014. Finanzierung von Horizon 2020-Forschungsprojekten

Die EU Beratungsbüros der Hochschulen sind völlig überlastet. Wer bereits viel Arbeit in ein EU Gesuch investiert hat, darf nur noch als "Drittstaat" bei Horizon 2020 mitmachen. Das hat finanzielle Konsequenzen.
- Können die Forscherinnen und Forscher davon ausgehen, dass die Schweiz die fehlenden Forschungskosten übernimmt?
- Wie ist das Schicksal von Grossprojekten, wie z.B. das Human Brain Projekt der EPFL und das Climate KIC, bei dem die ETH Zürich mitmacht?

14.5052 Maire Jacques-André. Zukunft von «Erasmus +» und Berufsausbildung

Neben den Austauschmöglichkeiten für Hochschulstudierende sah "Erasmus +" auch eine sehr willkommene Erweiterung auf Personen in der Berufsausbildung vor. Wird der Bundesrat in seinen Plänen zur Weiterführung des internationalen Austausches ausserhalb von Erasmus auch die Lehrlinge berücksichtigen?

14.5053 Maire Jacques-André. Horizon 2020: Wie wird die Forschung ausserhalb dieses Programms unterstützt?

Infolge der Abstimmung vom 9. Februar wurde die Schweiz vom Forschungsprogramm Horizon 2020 ausgeschlossen.
- Erachtet der Bundesrat diese Situation als vorübergehend oder als definitiv?
- Ist der Bundesrat nötigenfalls dazu bereit, den erheblichen Finanzierungsverlust für Projekte der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen in unserem Land auszugleichen?
- Falls ja, mit welchen Mitteln?

14.5061 Masshardt. Wie weiter mit Erasmus+ nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative?

Das Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative (MEI) hat als erstes für die Jungen direkte Konsequenzen: Erasmus+ löst auf europäischer Ebene nicht nur Erasmus ab (universitärer Austausch), sondern auch die Programme für den Austausch von Lernenden, Schülerinnen und Schüler, Praktikantinnen und Praktikanten und Freiwilligen. Wenn sich die Schweiz nicht an Erasmus+ beteiligen kann, sind die Folgen für alle jungen Schweizerinnen und Schweizer gravierend. Was unternimmt der Bundesrat, damit diese ausseruniversitären Austausche auch in Zukunft möglich sind?

14.5062 Masshardt. Wie weiter mit "Horizon 2020" nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative?

Die EU blockierte als Folge des Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative (MEI) das "Horizon 2020"-Abkommen.

- Könnte der von der Schweiz bereits gesprochene Kredit für "Horizon 2020" allenfalls an Schweizer Universitäten eingesetzt werden?
 - Welche Optionen dazu prüft der Bundesrat? Schweizer Forschende können ihre "Horizon 2020"-Gesuche nur noch an EU-Universitäten einreichen.
- Ergreift der Bundesrat Massnahmen, um erfolgreichen Gesuchstellenden trotzdem eine Fortsetzung ihrer Karriere in der Schweiz zu ermöglichen?

14.5083 Derder. Horizon 2020: Wie können die für unsere KMU verlorenen Millionen ersetzt werden?

Mit dem 7. Europäischen Forschungsrahmenprogramm (FP7) haben 416 Schweizer KMU 131 674 730 Euro erhalten.

- Was müssen die KMU tun, um an Horizon 2020 teilnehmen zu können?
- Müssen sie Bewerbungsunterlagen einreichen?
- Gedenkt der Bundesrat, den Einnahmenverlust derjenigen KMU auszugleichen, die ins Programm aufgenommen worden wären und die nicht von einer Unterstützung werden profitieren können?
- Dürfen wir mit der Einführung eines nationalen Programms im selben Format rechnen?

14.5084 Derder. Bundesunterstützung für Forschungsprogramme: Ist eine Verfassungsänderung notwendig?

Die Schweizer Forschungsprogramme verlieren eine für die Hochschulen wesentliche Unterstützung.

- Wird der Bund diesen Einnahmenverlust ausgleichen können?
- Können die Verpflichtungskredite für die Teilnahme einzelner Projekte verwendet werden?

Der Bund scheint mangels ausreichender Kompetenzen einen eingeschränkten Handlungsspielraum zu haben.

- Sollte nicht eine Änderung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung in Betracht gezogen werden?

14.5103 Reynard. Erasmus +: Mehrkosten für die Schweiz?

Infolge der Abstimmung vom 9. Februar wurde die Teilnahme der Schweiz am Programm "Erasmus +" sistiert. Die Schweizer Studierenden werden von diesem europäischen Mobilitäts- und Austauschprogramm also ausgeschlossen. Die Jugend und unser Bildungssystem sind die ersten, welche die Auswirkungen der Abstimmung zu spüren bekommen. Es steht ausser Frage, dass der Bund sich darum bemühen muss, Alternativen zu dieser Situation zu finden.

Wie hoch schätzt der Bundesrat die Mehrkosten für die Schweiz, um dieses Austauschprogramm aufrechtzuerhalten?

14.5016 Chopard-Acklin. Fragwürdige Waffenexporte nach Russland (1)

Laut Kriegsmaterialstatistik lieferte die Schweiz einige Jahre Waffenmaterial nach Russland. Aufgrund der jüngsten Entwicklung betreffend der Ukrainischen Halbinsel Krim und der Menschenrechtssituation stellen sich folgende Fragen:

- Wie viel und was genau wurde in jüngster Zeit exportiert?
- Stehen diese Waffenlieferungen nicht im Widerspruch zur Kriegsmaterialverordnung, die Waffenexporte bei Menschenrechtsproblemen und Friedensgefährdung verbietet?
- Wann erlässt der Bundesrat einen Ausfuhrstopp?

14.5017 Chopard-Acklin. Fragwürdige Waffenexporte nach der Ukraine (2)

Laut Medienberichten lieferte die Schweiz während Jahren Pistolen, Gewehre und Maschinenpistolen sowie Munition an die ukrainische Polizei und Armee. Erst nach der Gewalteskalation in Kiew sei die Ausfuhr gestoppt worden.

- Wann bewilligte der Bundesrat diese Waffenexporte?
- Warum missachtete er Artikel 5 Absatz 2 KMV, der Bewilligungen bei Menschenrechtsproblemen verbietet?
- Wurde die Gefahr der Gewalteskalation unterschätzt?
- Wie viel und was genau wurde exportiert?
- Wann genau erfolgte der Ausfuhrstopp?

14.5026 Ingold. Entwicklungsfonds der Weltbank als Schlüsselakteure für die Reduktion der Armut

Der Entwicklungsfonds der Weltbank gewährt den 82 ärmsten Ländern der Welt konzessionelle Kredite und Zuschüsse und spielt damit eine Schlüsselrolle für die Reduktion der Armut. Diese Einschätzung hat der Bundesrat im Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik vorgenommen. Er misst der Wirksamkeit der künftigen Interventionen und deren Messung besondere Bedeutung zu.

- An welche Wirksamkeitsfaktoren und Messindikatoren denkt er?
- Wie werden "umweltrelevante Aspekte" verstärkt bei der Kreditvergabe?

14.5030 Schneider-Schneiter. Freihandelsabkommen Efta/Indien

Vor den Wahlen in Indien wird es nicht mehr zu einem Abschluss der Verhandlungen eines FHA EFTA/Indien kommen.

- Wird der Bundesrat nun einen Marschhalt einlegen und die Situation zusammen mit den verschiedenen Branchen der Wirtschaft überdenken?
- Ist er bereit Lehren in Bezug auf seine Strategie in Verhandlungen über FHA zu ziehen, um namentlich sicher zu stellen, dass die Schweizer Wirtschaft und nicht nur einzelne Branchen, Aussicht auf eine Besserstellung hat?

14.5036 Schilliger. Revision Schweizerische Brandschutzvorschriften. Vereinigung Kantonalen Feuerversicherungen verursacht Oberregulierung

Viele Branchenverbände haben bei der Vereinigung Kantonalen Feuerversicherungen (VKF) interveniert, um eine drohende Oberregulierung bei der Revision der Vorschriften zu verhindern. Die VKF ist auf die gut begründeten Anträge der betroffenen Verbände nicht einmal eingetreten.

1. Was sagt der Bundesrat zu dieser Gesprächsverweigerung der VKF?
2. Steht die Revision mit teilweise unnötigen neuen Vorschriften nicht im Gegensatz zur Strategie des Bundesrates, die Regulierungskosten von 354 Millionen Franken beim Brandschutz zu reduzieren?

14.5040 Kaufmann. Studierende an Schweizer Hochschulen

- Wie viele ausländische Studenten, EU und übriges Ausland, studieren an der ETH, den Schweizer Universitäten und Fachhochschulen?
- Wie viele Schweizer Studenten studieren in der EU?

14.5051 Hiltbold. Welche Mittel werden für die Verstärkung der Kontrollen und die Unterstützung der Sozialpartnerschaft zur Verfügung gestellt?

Die Annahme der Initiative "Gegen Masseneinwanderung" am 9. Februar 2014 zeugt von einem Unbehagen gegenüber Lohndumping. Lohndumping geht oft Hand in Hand mit Schwarzarbeit von Sans-Papiers aus Drittstaaten aber auch mit Fällen, in denen die Weitervergabe von Arbeiten an Subunternehmen nicht deklariert wird. Gedenkt der Bundesrat, den paritätischen Kommissionen und Kantonen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Kontrollen verstärkt und die Sozialpartnerschaft unterstützt werden können?

14.5067 Gössi. Gewerbe und Landwirtschaft. Die Wettbewerbsneutralität muss nun umgesetzt werden

Im Rahmen der Agrarpolitik 2014-2017 ist der Grundsatz der Wettbewerbsneutralität zwischen Gewerbe und Landwirtschaft neu verankert worden. Nun müssen die Bestimmungen in der Praxis umgesetzt werden.

1. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Kantone die neuen Bestimmungen zur Wettbewerbsneutralität vollziehen?
2. Was sagt er zu den vermehrt gewerbenahen Tätigkeiten von staatlich unterstützten Bauern, die das dem freien Markt ausgesetzte Gewerbe konkurrenzieren?

14.5079 Reimann Maximilian. Kennt man im WBF/SBFI den Unterschied zwischen Europarat und EU-Parlament?

Aus dem WBF habe ich das Magazin "SBFI News" erhalten, adressiert an die Adresse "Delegation des Europäischen Parlaments, z.H. Herr Dr. Maximilian Reimann". Ich bin Mitglied der Delegation beim Europarat in Strassburg; das Europäische Parlament tagt daselbst auf der gegenüber liegenden Flussseite.

- Ist es ausdrücklicher Wunschtraum im Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), dass ich dem EU-Parlament angehören sollte?
- Oder besteht in diesem Amt Erklärungsbedarf über den Unterschied zwischen den beiden europäischen Institutionen?

14.5090 Flückiger Sylvia. Gefahr der Überregulierung bei den Brandschutzvorschriften?

Die vorgeschlagenen Vorschriften reihen gleiche Produkte, nach Europäischen Normen geprüft, eine oder zwei Brandverhaltensgruppen tiefer ein oder verbietet sie sogar als Bauprodukt einzusetzen.

- Müssen nicht jahrzehntelang problemlos eingesetzte, EU kompatible und bewährte Bauprodukte, unabhängig der Prüfmethode, im gleichen Umfang weiterhin Verwendung finden können?
- Wie kann verhindert werden, dass die eingesetzten Produkte mit enormen Kostenfolgen zurückgebaut werden müssen?

14.5110 Gschwind. Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL): Wird es die Sistierung des europäischen Programms Horizon 2020 überleben?

Bei der Erarbeitung des Voranschlags 2014 und in Erwartung des mit dem Postulat von Müller-Altermath beantragten Berichts hat sich Bundesrat Schneider-Amann dazu verpflichtet, das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) vorläufig finanziell zu unterstützen, damit es sich im Hinblick auf das europäische Forschungsprogramm Horizon 2020 positionieren kann.

Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat nach der Sistierung von Horizon 2020 zu ergreifen, um den Fortbestand des renommierten Instituts zu sichern?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**14.5009 Candinas. Weiterer Abbau des Service Public bei der Post verhindern**

Die Konzernchefin der Post hat jüngst die Abschaffung der Samstags-Zustellung und die Aufhebung der spätesten Zustellzeit (12.30 Uhr) in die Diskussion eingebracht.

- Wie ist die Position des Bundesrats zum diskutierten Abbau des Service Public?
- Ist er ebenfalls der Ansicht, dass ein weiterer Abbau von Postdienstleistungen vor allem die Randregionen treffen und zu noch mehr Abwanderung führen würde?
- Ist er gewillt dies als Eigentümer notfalls zu verhindern?

14.5012 Rickli Natalie. Politische Werbung auf Bahnhöfen

Die SBB toleriert auf ihren Arealen keine politischen Aktionen ohne Bewilligung. Die Befürworter von "Fabi" konnten aber diverse Aktionen ohne Bewilligung durchführen. Die SBB hat diese nicht nur geduldet, sondern gar noch die Ja-Kampagne mitfinanziert.

- Wird sich der Bundesrat bei der SBB dafür einsetzen, dass alle Parteien gleich behandelt werden?
- Wie stellt er sicher, dass bundesnahe Betriebe künftig keine öffentlichen Gelder mehr für Abstimmungskämpfe verwenden dürfen?

14.5033 Quadranti. Zivilaviatische Nutzung des Flugplatzes Dübendorf und Einbezug der Bevölkerung

- Gedenkt der Bundesrat, vor einem Zuschlag an einen neuen Betreiber, mit der breiten Bevölkerung die eingegangenen Vorschläge zu diskutieren und deren Meinung zu berücksichtigen?

- Wenn ja, wie gedenkt er das zu tun, damit eine breite Mitsprache möglich ist? Wie werden die Ergebnisse berücksichtigt?

- Wenn nein, weshalb ist bei einer für diese Region so wichtigen Entscheidung der Bundesrat nicht bereit, die direkt Betroffenen anzuhören und den Entscheid dadurch breiter abstützen zu können?

14.5035 Regazzi. Schadstoffe auf dem Areal des zukünftigen Schwerverkehrskontrollzentrums in Giornico: Konsequenzen?

Auf dem Areal des zukünftigen Schwerverkehrskontrollzentrums von Giornico, das für die künftige Lenkung des Schwerverkehrs auf der A2 von fundamentaler Wichtigkeit sein wird und dessen Bauarbeiten nächsten Sommer beginnen sollen, sind Schadstoffe festgestellt worden.

Ich stelle dazu folgende Fragen:

1. Welche Abklärungen laufen auf dem Areal?
2. Werden diese zu Verspätungen beim Baubeginn führen?
3. Könnte die Realisierung des Projekts auf diesem Areal je nach Ausgang der Abklärungen infrage gestellt sein?

14.5037 Guhl. Wie weiter mit dem Stromabkommen?

Als Folge der Annahme der Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung hat die EU-Kommission die Verhandlungen über ein bilaterales Stromabkommen bis auf Weiteres ausgesetzt. Für die Schweizer Energieunternehmen ist eine Teilnahme am europäischen Binnenmarkt und für die Schweiz die vollwertige Mitgliedschaft in den Gremien der ENTSO-E und ACER sehr wichtig.

Wie beurteilt der Bundesrat die Chancen für eine baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen?

14.5041 Flückiger Sylvia. Wie ist die Qualität der polnischen Bahnschwellen für die SBB?

Vor einem halben Jahr wurde für die SBB ein Posten Bahnschwellen aus Buchenholz in Polen beschafft, statt in der Schweiz. Inzwischen ist die Lieferung erfolgt.

- Entsprechen die gelieferten Schwellen allen strengen SBB-Anforderungen bezüglich Holzqualität und Imprägnierung?
- Welche Vorkehrungen trifft die SBB, damit für künftige Überbrückungen von angeblichen Lieferengpässen nicht erneut Buchenholz aus grosser Distanz beschafft und herangeführt wird, statt vor Ort?

14.5042 Böhni. Mehr Biodiversität in öffentlichen Räumen

Die neue Agrarpolitik vom Bund schafft vermehrte Anreize zur Biodiversität in der Landwirtschaft, dies ist gewollt und wird von der Bevölkerung befürwortet.

Nun stellt sich auch die Frage der Biodiversität in den öffentlichen Räumen.

Mit welchen konkreten Massnahmen wird auch die Biodiversität in öffentlichen Räumen (Autobahnböschungen etc.) verbessert, zumal dies von der Landwirtschaft auch verlangt wird?

14.5044 Grin. Raumplanungsgesetz. RPG

Das neue Raumplanungsgesetz sieht eine Mehrwertabgabe von 20 % auf Böden vor, die einer Bauzone zugewiesen wurden.

- Wann wird diese Abgabe obligatorisch?
- Wird ein Gemeinwesen wie eine Gemeinde diese Abgabe bei der Einzonung von eigenem Land entrichten müssen?

14.5045 Grin. Raumplanungsgesetz. RPG

Das neue Raumplanungsgesetz sieht ab seiner Inkraftsetzung ein Moratorium von fünf Jahren für die Ausscheidung neuer Bauzonen vor, falls diese nicht ausgeglichen wird. Wird ein Gemeinwesen wie eine Gemeinde diesem Moratorium unterstellt sein, wenn es künftig eigenes Land:

- der Wohnzone zuweist?
- der Zone für öffentliche Nutzungen zuweist?

14.5054 Jans. Gasgesetz wann?

Die Netzzugangsregelung gemäss Verbändevereinbarung der Gaswirtschaft wurde von der WEKO am 16. Dezember 2013 als allgemeine Regel nicht akzeptiert.

Die Verbändevereinbarung ist gescheitert. Der Gasmarkt steckt fest.

Es herrscht Rechtsunsicherheit. Die Verunsicherung in der Branche ist gross.

Es braucht umgehend verbindliche Marktregeln.

- Gedenkt der Bundesrat ein Gasgesetz analog dem Stromversorgungsgesetz vorzulegen?

Wenn Ja, wann?

- Ist er bereit, das noch in der laufenden Legislatur anzupacken?

14.5059 Reynard. Seit wann hat der Bund Kenntnis von der Quecksilberverschmutzung im Oberwallis?

Das Oberwallis ist von einer sehr schwerwiegenden Verschmutzung mit Quecksilber betroffen, verursacht durch mehrere Tonnen Quecksilber, die die Lonza in Visp während Jahrzehnten (1930-1970) regelmässig in einen Kanal geleitet hat.

- Seit wann wissen der Bund und seine zuständigen Stellen von der Quecksilberverschmutzung im Oberwallis?
- Wann hat der Kanton Wallis die Bundesbehörden in Kenntnis gesetzt?

14.5065 Guhl. Wer zahlt nun für Biberschäden an Infrastrukturen?

In der Antwort auf eine Interpellation schreibt der Regierungsrat des Kantons Thurgau am 13. Dezember 2005, dass gemäss Jagdgesetz Biberschäden an landwirtschaftlichen Kulturen und Wald entschädigt werden, nicht jedoch an Infrastrukturen. Für die Beteiligung an Infrastrukturschäden durch den Bund würden die gesetzlichen Grundlagen fehlen. In der Antwort auf die Motion 12.4231 schreibt der Bundesrat, dass die heutigen Regelungen genügen.

Wer muss und soll die Schäden an Strassen, Drainagen oder anderen Infrastrukturen bezahlen?

14.5082 Allemann. Pistenverlegung Flugfeld Biel-Kappelen

Das BAZL sichert den Betreibern 64 Prozent der Kosten an die Pistenverlegung zu. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Mineralölsteuer.

- Wie begründet der Bundesrat, dass ein Privatflugfeld mit Steuergeldern begünstigt wird, welches nur der Freizeitfliegerei dient?
- Was sagt er dazu, dass das Projekt primär einer Privatfirma dient, welche auf dem Flugfeld Fallschirmkurse durchführt?
- Wie vereinbart das BAZL die Finanzierung mit seiner Rolle als Aufsichtsbehörde (Interessenkonflikt)?

14.5087 Böhni. Innovation made in Switzerland für mehr Sicherheit im Strassen- und Schienenverkehr könnte auch ein Exportschlager werden

Das Fahrbahn-Trennsystem "Jupofile 101" hat das Potenzial, unsere Verkehrssicherheit im Strassen- und Schienenverkehr im Bereich schwere Unfälle wesentlich zu erhöhen. Gesuche zur Erprobung und zur Unterstützung bei der Zertifizierung wurden bis anhin von den entsprechenden Bundesstellen abgelehnt. Dies ist unverständlich, zumal verschiedene Experten dem System einen grossen Nutzen zusprechen. Wieso wird ein solches Projekt nicht unterstützt, zumal ein solches Produkt auch grosse Exportchancen hat?

14.5093 Rutz Gregor. Abfluss von Gebührengeldern ins Ausland. Widersprüche im Geschäftsgebaren der SRG

SRG-Generaldirektor de Weck beklagt, dass Werbegelder über Werbefenster "unwiederbringlich ins Ausland abfliessen" und so nicht in Schweizer Produktionen reinvestiert werden.

- Warum schaltet die SRG vor diesem Hintergrund zur Bewerbung der Sendung "Voice of Switzerland" denn für über 20 000 Franken pro Tag Spots und Werbebanner auf der Schweizer Startseite von "Youtube"?
- Und wie ist der Abfluss von Gebührengeld an die deutsche Firma, die neu das Auto-Magazin "Tacho" produziert, zu werten?

14.5094 Reimann Lukas. Grosszügige Auslegung der SRG-Konzession

Am 5. Juni 2012 erklärte Bundesrätin Leuthard im Nationalrat, die Möglichkeit zu Live-Streaming im Internet für die SRG solle "auf politische und wirtschaftliche Ereignisse" beschränkt sein. Die neue SRG-Konzession erlaubt jedoch die Verbreitung von Sendungen über "politische, wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Ereignisse". Ist die Sendung "Voice of Switzerland", die über Live-Stream verbreitet wird, nach Auffassung des Bundesrates demnach ein kulturelles Ereignis von nationaler Bedeutung?

14.5095 Rutz Gregor. Online-Werbung als Verstoss gegen die SRG-Konzession

Seit Mai 2013 darf die SRG Sendungen über "politische, wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Ereignisse" originär über das Internet verbreiten, wenn sie sprachregionale oder nationale Bedeutung haben. Werbung ist aber nur bei eigenständigen Angeboten erlaubt, die Basiswissen vermitteln und sich auf eine bildende Sendung beziehen.

- Vermittelt die Sendung "Voice of Switzerland", für die Online-Spots geschaltet werden, Basiswissen?
- Falls nein: Was sind die Folgen dieser Konzessionsverletzung?

14.5100 Chopard-Acklin. Pestizidcocktail in Schweizer Flüssen

Unter dem Titel "Pestizidcocktail in Schweizer Flüssen" kommunizierte der Bund, dass bei aktuell untersuchten Fliessgewässern Grenzwerte überschritten und die Wasserqualität beeinträchtigt wird.

- Muss aufgrund der hohen Pestizidbelastung in den untersuchten Fliessgewässern auch mit solchen in Seen gerechnet werden?
- Haben diese Resultate Einfluss auf die eben vom Parlament behandelte Vorlage über die Nachrüstung von Abwasserreinigungsanlagen?
- Werden zusätzliche Präventionsmassnahmen ergriffen?

14.5101 Schläfli. Ist unsere Gasversorgung trotz der Krise in der Ukraine gesichert?

Die Schweiz bezieht einen Teil der fossilen Rohstoffe aus Russland. Vor allem Gas aus diesem Gebiet deckt einen wesentlichen Teil unseres Bedarfs ab.

- Wie schätzt der Bundesrat die Versorgungslage der Schweiz ein, wenn auf Grund der gegenwärtigen politischen Unruhen in der Ukraine diese Lieferungen nicht mehr im gewohnten Umfang stattfinden?
- Hat die Schweiz Vorräte für solche Engpässe oder können andere Lieferanten allfällige Lieferausfälle kompensieren?

14.5105 van Singer. Pestizid-Cocktails in Fliessgewässern: die Besorgnis erregende Verschmutzung verringern

Gemäss einer kürzlich von der Eawag vorgelegten Studie enthalten Schweizer Flüsse einen Cocktail aus mehr als hundert Pestiziden, und in 78 Prozent der untersuchten Proben lag die Gesamtkonzentration an problematischen Pestiziden bei über 1 Mikrogramm pro Liter. Die Pestizidkonzentration übersteigt die Grenzwerte häufig, was zu einer hohen Toxizität führt, die insbesondere aus der Mischung der Pestizide resultiert. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um die Lage zu verbessern?

Bundeskanzlei**14.5092 Rutz Gregor. Primus inter pares**

Im Gegensatz zu anderen Staaten kennt die Schweiz keinen Staatspräsidenten, sondern lediglich einen "Primus inter pares", welcher dem Bundesrat für ein Jahr vorsteht. Wie trägt der Bundesrat diesem Umstand, dass der Bundespräsident nicht Präsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist, namentlich im aussenpolitischen Bereich in Bezug auf die Kommunikation gegenüber ausländischen Medien, Behörden und Staaten Rechnung?

Departement für auswärtige Angelegenheiten**14.5000 Büchel Roland. Wird der Bundesrat dafür sorgen, dass ausschliesslich geeignete Diplomaten mit der EU verhandeln?**

Die APK-N hat entschieden, dass das EU-Beitritts-gesuch als gegenstandslos zu betrachten sei. Nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative stehen mit der EU sehr herausfordernde Verhandlungen an.

- Wird der Bundesrat EDA-Angestellte, welche nicht gewillt sind, den Spirit der Initiative mitzutragen, an andere Posten versetzen?
- Wird er dafür sorgen, dass nur Diplomaten und Bundesangestellte in die Verhandlungen involviert sind, welche den hohen Anforderungen genügen?

14.5007 Rusconi. Expo 2015: logistische Basis im Tessin?

Der Schweizer Pavillon an der Expo 2015 wird sowohl vom Bund als auch vom Kanton Tessin mit Beiträgen unterstützt. Der Bundesrat hat in seiner Antwort auf die Frage 13.5567 erklärt, dass die SBB zusätzliche direkte Verbindungen vom Tessin nach Rho Fiera vorsieht.

Ist für die Schweizer Delegation an der Expo 2015 eine logistische Basis im Tessin geplant, sodass das Tessin einen direkten wirtschaftlichen Nutzen von dieser Veranstaltung hat?

14.5025 Ingold. Schweizer Entwicklungszusammenarbeit auf dem Prüfstand

2013 hat die etwa 4-jährliche Peer-Review des Entwicklungsausschusses der OECD stattgefunden, dessen Gegenstand die Schweizerische Entwicklungszusammenarbeit war und die dem Austausch von guten Praktiken dient.

Der Bundesrat will die Ergebnisse des Berichtes Anfang 2014 veröffentlichen.

- Welche Erkenntnisse (ausser den schon bekannten der Anerkennung einer Gesamtstrategie und der Gesamtmittel von 0,5% des Bruttonationaleinkommens) enthält der Bericht?
- Was sind die "Lessons learnt"?

14.5027 Ingold. Erfolgsfaktoren für die Post-MDG-Agenda. Milleniumsentwicklungsziele

Der Bundesrat sieht in seiner Position zur Agenda für eine nachhaltige Entwicklung nach 2015 die "Beseitigung extremer Armut unter Berücksichtigung der Belastungsgrenzen der Erde, der Förderung von Frieden und Sicherheit sowie Erfüllung menschenrechtlicher Verpflichtungen".

- Worin unterscheidet sich dieser Focus von der Agenda vor 2015 ("Armut halbieren"), deren Ergebnisse nicht befriedigend erfüllt werden?
- Was wird der Erfolgsfaktor sein für bessere Resultate in der Etappe "Post 2015"?

14.5046 Keller Peter. Ist Botschafter Tim Guldemann für den Bundesrat noch tragbar?

Botschafter Tim Guldemann hat sich vor der SP-Delegiertenversammlung über die Masseneinwanderungs-Initiative ausgelassen und von einem "Entscheid für die Abschottung" gesprochen.

Die Schweiz sei "unberechenbar für das Ausland" geworden und pflege einen "Parasiten-Status" in Europa.

- Schädigt er damit nicht das Ansehen und die Interessen der Schweiz?
- Ist ein solcher Mann als Diplomat überhaupt noch tragbar?
- Wird der Bundesrat Guldemann als Sonderbeauftragten für die Ukraine abberufen?

14.5057 Reimann Maximilian. Exponiertes parteipolitisches Engagement des Schweizer Botschafters und OSZE-Sonderbeauftragten Tim Guldemann tolerierbar?

Herr Guldemann ist in seiner offiziellen Eigenschaft als Schweizer-Spitzen Diplomat jüngst an einer Delegiertenversammlung der SP des Kantons Zürich aufgetreten und hat sich ebenso kritisch wie einseitig zu politischen Aktualitäten in der Schweiz geäußert.

- Hat der Bundesrat Kenntnis vom Inhalt des Referates Guldemann?
- Gibt es EDA-Weisungen über das parteipolitische Engagement von Spitzen diplomaten?
- Sollte sich ein OSZE-Sonderbeauftragter für die Ukraine an der "politischen Heimatfront" nicht besonderer Zurückhaltung bedienen?

14.5076 Fehr Hans. Tim Guldemann und die "Lebenslügen" der Schweiz

Tim Guldemann hat sich vor Genossen sehr negativ zum Volks-JA zur Masseneinwanderungs-Initiative geäußert. Schon 1997 verunglimpfte er vor Maturanden in Bülach die Unabhängigkeit, direkte Demokratie und Neutralität als "Lebenslügen der Schweiz". Bundesrat Cotti hat ihn dafür scharf gerügt.

Glaubt der Bundespräsident als Vorsitzender der OSZE noch gute Dienste leisten zu können, wenn sein Sonderbeauftragter derart verächtlich über unser Land herzieht und dessen Glaubwürdigkeit in Frage stellt?

14.5108 Mörgeli. Botschafter Guldemann und der "Parasiten-Status der Schweiz"

Warum schämt sich Botschafter Tim Guldemann öffentlich vor seinen SP-Genossen für die Schweiz wegen der Abstimmung vom 9. Februar 2014, für den "Entscheid der Abschottung" und für den "Parasiten-Status der Schweiz in Europa", nicht aber dafür, dass er von dieser abgeschotteten, parasitären Schweiz seinen hohen Lohn bezieht?

14.5070 Tornare. OSZE: Schweiz-Ukraine

Die Schweiz, die den Vorsitz in der OSZE innehat, nimmt eine positive Rolle bei der Suche nach einer Lösung im Konflikt in der Ukraine ein.

Kann der Bundesrat die Rolle der Schweiz in diesem Dossier und die kurzfristigen Perspektiven bitte genauer erläutern?

14.5073 Leutenegger Oberholzer. Kontensperrung von Potentatengeldern

- Von wie viel Personen aus dem Umfeld des gestürzten ukrainischen Regierungschefs Janukowitsch wurden in der Schweiz Konten bei wie vielen Finanzintermediären gesperrt?
- Wann wird dem Parlament das Gesetz über die Sperrung und die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen (SRVG) unterbreitet?

14.5081 Allemann. Zukunft des Rahmenabkommens mit der EU über gemeinsame Friedensmissionen

Der Bundesrat hat im Juni 2013 beschlossen, die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu konsolidieren und zu vertiefen. Unter anderem bekräftigte er die Absicht, im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU ein Rahmenabkommen für Friedensoperationen zu verhandeln. Gemäss Zeitplan des Bundesrats sollten die Gespräche mit der EU zwischen April und Juni 2014 stattfinden. Ist dies nach Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative immer noch realistisch?

14.5111 Sommaruga Carlo. Ukraine: Blockierte Gelder

Dass der Bundesrat die Gelder des abgesetzten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch und seines engsten Umfelds sperren liess, ist zwar erfreulich. Es überrascht aber, dass die Blockierung angesichts des innenpolitischen Durcheinanders nicht auch andere politisch exponierte Personen betrifft, beispielsweise die freigelassene Ex-Regierungschefin Timoschenko, die doch wegen Korruption verurteilt worden war. Weshalb eine derart restriktive Politik?

14.5112 Sommaruga Carlo. Potentatengelder

Wieder einmal scheint es, diesmal im Fall Ukraine, dass Schweizer Banken Gelder von politisch exponierten Personen und ihren Familien annehmen, bei denen sämtliche Indizien, insbesondere die Geschwindigkeit der Geldanhäufung, darauf schliessen lassen, dass die Bereicherung aus einer massiven Veruntreuung von öffentlichen Geldern oder aus einer komplexen Maschinerie, die unrechtmässige Vermögensvorteile schafft, resultiert. Die Kritik der FINMA im Zusammenhang mit anderen Dossiers hat nicht gereicht.

Was gedenkt der Bundesrat zu tun, damit sich dies ändert?

14.5113 Sommaruga Carlo. Tunesien: Blockierte Vermögenswerte

Nach der Kritik des tunesischen Präsidenten an der Freigabe der gesperrten Gelder von Personen aus dem nahem Umfeld der Familie Ben Alis hat die Bundesanwaltschaft die Freigabe bestätigt.

- Wie ist es möglich, dass die Namen dieser Personen nicht auf der Liste des EDA standen, welche die Sperrung der Gelder verfügte?
- Wie lässt sich die Freigabe der Gelder durch die Bundesanwaltschaft erklären?
- Wie proaktiv ist das EDA bei der Aktualisierung der Namensliste von Personen des raffgierigen Systems Ben Alis?

Büro**14.5008 Neiryneck. Bundeshaus: Zutrittsverbot für Maryam Rajavi**

Der Nationale Widerstandsrat Irans (NWRI), der die Opposition gegen die aktuelle Regierung vereint, hat Maryam Rajavi zur zukünftigen Präsidentin der Republik ernannt. In dieser Eigenschaft wurde Frau Rajavi von mehreren Parlamentarierinnen und Parlamentariern, darunter auch dem Fragesteller, zu einem Treffen am Mittwoch, 12. März eingeladen, das im Bundeshaus hätte stattfinden sollen. Die Parlamentsdienste gaben jedoch bekannt, dass Frau Rajavi die Zutrittsberechtigung zu unseren Gebäuden nicht erhalten werde.

Folgende Fragen stellen sich:

1. Wer hat diesen Entscheid getroffen?
2. Mit welcher Begründung?
3. Auf welcher Rechtsgrundlage?
4. Hat sich die iranische Botschaft in den Entscheidprozess eingeschaltet?